

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Zum Versailler Haßgesang: Neue Entente-Noten.

Weitere Vergewaltigung unserer Kriegsgefangenen. — Der 10. Juni als Unterzeichnungstermin? — Einnahme Rigas.

Der deutsche Arbeiter und die Polengefahr.

Diejenige Bevölkerungsklasse, die von der geplanten Umwälzung in der Ostmark am unmittelbarsten getroffen, am tiefsten geschädigt sein wird, ist die deutsche Arbeiterschaft. Wie sehr die polnische Presse auch über die „Verweigerung der preussischen Sklaventeile“ jubeln mag, wie geistlich sie auch die angeblich hohe polnische Kultur im Vergleich zu der niedriger stehenden deutschen preist, der polnische Staat steht in jeder Beziehung noch in den Kinderschuhen, auf okkupierte Zeit hinaus braucht er deutsches Organisationsstalent, deutschen Ehrgeiz und deutsche Unternehmungslust. Gar nicht davon zu reden, daß das bettelarme Polen auf das deutsche Kapital angewiesen ist. Deutsche Unternehmer, Techniker, Beamte und Kapitalisten kann es einfach nicht entbehren, wollte es sich nicht selbst mutwillig zugrunde richten. Wenn Polen aber nicht benötigt, das ist der deutsche Arbeiter. In Warschau übersteigt die Zahl der Arbeitslosen bereits um vieles die Hungerkinder, und das polnische Proletariat befindet sich, wie polnische Zeitungen immer von neuem eingestehen müssen, nicht nur in den Industriefabriken, sondern auch auf dem platten Lande in einer erschreckenden Notlage. Die Lebensbedingungen mögen im Polen z. B. an sich billiger sein, dies nicht dem polnischen Proletariat jedoch blutwenig, da die Erwerbsmöglichkeiten geringer sind.

Sollte die Ostmark zu Polen geschlagen werden, so wird ein ungeheurer Zustrom beschäftigungsloser polnischer Industrie- und Landarbeiter in die Ostmark erfolgen, die im Russischen Polen mit Recht als eine Art gelobtes Land gilt. Die Aussichten des deutschen Arbeiters auf Beschäftigung, Verdienst und Brot werden durch die polnische Konkurrenz bedroht, die Löhne infolge des steigenden Angebots an Arbeitskräften geringer. Einen Schutz in diesem Konkurrenzkampf hat der deutsche Arbeiter von dem polnischen Staat nicht zu erwarten, der in erster Linie den gebürtigen Polen bevorzugen wird.

Es ist ein Trugbild, wenn der deutsche Arbeiter etwa glaubt, gemeinsam mit der polnischen Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stehen zu können. Den polnischen Arbeiter besetzt ein starkes Nationalbewußtsein, das ihn trotz aller nur vom gutmütigen Deutschen geglaubten internationalen Einigkeit des Proletariats keine eigenen Wege gehen lassen wird. Der Pole haßt den Deutschen, weil der Pole ungebildet ist. Dieser Haß wird ständig von der Geißel der Gewalt, deren Einfluß sich die breite unwissende Masse nicht zu entziehen vermag. Der Konkurrent des Deutschen ist aber nicht nur der wirkliche Pole allein, sondern auch die meist im tiefsten Elend lebenden Millionen jüdisch-polnischer Proletariat, von denen der deutsche Arbeiter durch ein ganze Welt getrennt ist. Eine große Rolle spielt dabei vor allem der tiefere Bildungsstand. Der gewerkschaftlich organisierte, gut geschulte deutsche Arbeiter steht sich auf einmal einem Arbeitskollegen gegenüber, der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig tief unter ihm steht. Das vermittelnde Band, das Gemeinschaftsgefühl zwischen den deutschen und den polnischen Arbeitern fehlt, denn der Bildungsunterschied ist zu groß. Während der deutsche Arbeiter dank der Schule, dank seinen Gewerkschaften, wirtschaftspolitischen und parteipolitischen Organisationen ein hohes Verständnis für die Allgemeinfragen besitzt, fehlt dies gänzlich auf der anderen Seite. Ehe dieser Unterschied auch nur einigermaßen ausgeglichen ist, und dies ist nicht nur eine Frage der Zeit, wird ein wirkliches Zusammengehen in wirtschaftlichen und politischen Fragen aussichtslos erscheinen. Im Vergleich zu den deutschen Arbeitern ist der Pole ein wirklicher Proletariat im wahren Sinne des Wortes. Er muß sich zunächst auf die Höhe des deutschen Arbeiters heranarbeiten, und erst, wenn er so weit ist, kann der deutsche Arbeiter daran denken, seine eigene Lage zu verbessern. Bis dahin muß er wachen. Rufen heißt ruhen. Der deutsche Arbeiter wird zurückfallen, anstatt aufzusteigen.

Der deutsche Arbeiter sieht sich einem bedürftigeren, daher billigeren Arbeitskollegen gegenüber, der für die Solidarität der deutsch-polnisch-jüdischen Arbeitsgemeinschaft kein Verständnis besitzt. Ein Vergleich mit der preussischen polnischen Arbeiterschaft wäre dabei unmaßgeblich, denn diese ist durch die deutsche Schule gegangen und von deutschem Geist beeinflusst.

Dies wären aber nur die allgemeinen Bedingungen, die die Lage der deutschen Arbeiterschaft im künftigen Polen verschlechtern müssen.

Deutschland ist das einzige Land, das eine wirkliche soziale Arbeitergesetzgebung besitzt, nämlich Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung für Arbeiter. In Polen fehlt in dieser Beziehung alles. Selbst wenn diese Gesetzgebung für die abgetrennten Teile der Ostmark aufrechterhalten werden sollte, wird es sich in der Praxis schwer durchführen lassen. Sie mit einem Schläge in Polen einzuführen, wird ebenso unmöglich sein, als sie in den ehemals deutschen Gebieten allein aufrechtzuerhalten. Ein Beispiel mag dies erläutern: Die deutsche Arbeiter nach Warschau, so verliert er den Schutz der sozialen Versicherungsgeetze, der Pole dagegen, der sich aus Warschau in die Ostmark begibt, erwirbt den Anspruch darauf. Der deutsche Arbeiter kann sich also dadurch nur verschlechtern, der Pole dagegen verbessern. Derartige Zustände wären überdies so kompliziert, daß sie einfach nicht bestehen könnten. Die Ostmark wird dem in sozialer Hinsicht ungünstiger stehenden Polen gleichgestellt werden müssen, und zwar um so mehr, als bei Polen bekannterweise keine Neigung besteht, den ehemals deutschen Gebietsteilen Ausnahmestellungen zuzubilligen. Es sind trübe Aussichten, die die Zukunft des deutschen Arbeiters erwarten.

Aber nicht nur wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch wird sich der deutsche Arbeiter schlechter stehen, sondern auch in politischer Hinsicht. Der deutsche Arbeiter hat schon vor der Revolution in seiner starken sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine hervorragende Interessenvertretung besessen, die von Ausschlag auf die Gesetzgebung war. Nach dem Umsturz hat die Sozialdemokratie die Zügel der Regierung ergriffen und die deutsche Arbeiterschaft ist im Besitze des Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der inneren und äußeren Politik. Und wie steht es in Polen? Der polnische Landtag zählt bis jetzt unter 333 Abgeordneten 18 Arbeiter, die Regierung schwimmt munter im imperialistisch-kapitalistischen Fahrwasser. Polen rüstet sich dazu, Ausbeutungsobjekt des französisch-englisch-amerikanischen Kapitalismus zu werden.

den. Von Sozialisierung ist im künftigen Polen keine Rede. Von Selbstbestimmungsrecht noch weniger. Selbst die polnischen Arbeiter in Oberschlesien, dessen Kohlenbergwerke zugunsten des französischen Staates enteignet werden sollen, sträuben sich mit aller Macht, zu diesem Polen zu gehören. Achtstundentag, Betriebsräte, Mindestlöhne, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, Streik- und Koalitionsrecht bleiben holde Träume, in Polen herrscht der internationale Kapitalist, der so viel billige Arbeitskräfte aus dem dunkelsten Polen heranziehen kann, daß er den organisierten deutschen Arbeiter mit frohem Herzen entbehrt.

Und wenn die Polen jetzt den deutschen Arbeitern goldene Berge versprechen, sie werden nicht ein Versprechen halten, auch nicht halten können, da ihnen der internationale Kapitalist auf dem Nacken sitzt. Umsonst nämlich hat die Entente das unabhängige Polen nicht errichtet, nur zu ihrem eigenen Vorteil. Polen hat die Zinsen des Ententekapitals mit saurem Schweiß herauszuarbeiten, und der entrechtete Lohnsklave würde, wenn wir die ungeheuerlichen Versailler Bedingungen unterzeichnen wollten, der deutsche Arbeiter sein.

Notenwechsel in Versailles.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

B. D. Versailles, 23. Mai. Der Inhalt der Antworten ist in Versailles noch nicht bekannt, da sie Graf Brockdorff beide nach Spa mitgenommen hat. Es heißt nur, daß sie im Tone scharfer und herausfordernder sein sollen, als alles, was wir schon von der Entente erfahren haben. Für den Aufenthalt Scheidemanns und der deutschen Delegation in Spa ist eine Dauer von 24 Stunden vorgelesen.

W.B. Versailles, 22. Mai. Deutscherseits wurden heute Clemenceaus zwei Noten übergeben. Die erste über die Frage des deutschen Privateigentums im Auslande, die zweite über das Arbeiterrecht, die letztere als Erwiderung auf die von gegnerischer Seite hierher gelangte Antwortnote. Gleichzeitig sind zwei Noten Clemenceaus eingegangen: 1. Die Antwort auf unsere Note über die wirtschaftlichen Folgen des Entwurfs der Friedensbedingungen, 2. die Antwort auf unsere Note betreffs des Völkerbundes.

Der Tag der Unterschriften.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

B. D. Berlin, 23. Mai. Nach einer „Reuter“-Mitteilung aus Paris sind Anzeichen für die Annahme vorhanden, daß die Ententemächte eine Woche zur Prüfung der deutschen Gegenüber vorläge brauchen werden. Es werden dann den Deutschen drei bis vier Tage zur Untersuchung des definitiv fertigen Vertrags bewilligt, sobald die Unterschrift am 10. Juni erfolgen dürfte.

B. D. Versailles, 23. Mai. Die Mitteilung einiger Pariser Blätter, Graf Brockdorff habe um eine Fristverlängerung von 14 Tagen gebeten, aber nur eine solche von acht Tagen freiwillig erhalten, ist unrichtig. Graf Brockdorff hat in seiner Note einen Termin überhaupt nicht genannt und die neuerdings anberaumte Frist ist nach freiem Ermessen der Alliierten festgesetzt worden. („W. Z.“)

Unverföhnlich gegen unsere Gefangenen.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

B. D. Berlin, 23. Mai. Donnerstag ist die Antwort auf die deutsche Note in der Frage der Kriegsgefangenen eingetroffen. Die Antwort hatte dem „W. Z.“ zufolge ansehnliche Entschlüsse, weil sie in einem sehr unerbittlichen Geiste gehalten ist und den deutschen Wünschen in keiner Beziehung Rechnung trägt. Die Antwort ist in der unerkennbaren Absicht abgefaßt, Deutschland durch das unerhörte Böse, das seinen Kriegsgefangenen im Falle der Nichtunterzeichnung bevorstände, zur Unterzeichnung des Schmachtfriedens zu zwingen. Allerdings versucht man Deutschland neuerdings vor aller Welt mit Schande zu bewegen, indem die deutschen Kriegsgefangenen als minderwertig hingestellt werden. Damit soll gezeigt werden, daß auch in der Frage der Kriegsgefangenen Deutschland kein Recht auf Gleichberechtigung besitzt. Es wird Sache der deutschen Anklage sein, nimmere rückföhllos die zahllosen Notzuchtsverbrechen, Brandstiftungen und anderen Schandthaten, die von französischen Soldaten in deutscher Gefangenschaft verübt wurden, der Welt preiszugeben. Die Schandthaten jener, die sich trotz der zwischen Deutschland und den Alliierten bestehenden Abmachungen über Straferlasse der gerechten Strafe entziehen konnten.

In einem Versailler Bericht der „Deutschen Allgem. Ztg.“ heißt es unter der Überschrift „Die Beschimpfung unserer Kriegsgefangenen“ u. a.: Die Antwort auf die Gefangenenfrage ist wiederum ein Maßstab dafür, was die anderen Verhandlungen bringen werden.

Der Viererrat gegen die Internationale.

B. D. Versailles, 23. Mai. Der Friedensauschuß der Berner sozialistischen Konferenz, der auf einen an den Viererrat gerichteten Protest gegen die Friedensbedingungen keine Antwort erhalten hatte, beauftragte Jean Longue und Kamah Macdonald zu Lloyd George zu geben und eine gemeinsame Konferenz des Viererrats und des Friedensauschusses der Arbeiter zu fordern. Es wurde darauf schriftlich die Antwort erteilt, daß nach der Meinung der Ententestaatsmänner eine derartige Konferenz keinerlei nützlich Resultat haben könne und daher abgelehnt werde. („W. Z.“)

Im „Berliner Tageblatt“ stellt Lupo Brentano die Frage, was die Friedensbedingungen der Entente der Arbeiterschaft der Welt bieten. Er sagt: Sie sind das beachtlichste Dokument, das den Arbeitern jemals vorgelegt ist. In Worten erfüllt es die größten Hoffnungen, in Wirklichkeit bietet es den Arbeitern Entrechtung und Vernechtung.

W.B. Konstantinopel, 21. Mai. („Sabas“.) Infolge der durch den Zwischenfall von Smyrna entstandenen Krise ist Scherif Pascha mit der Rekonstruktion des Palastes beauftragt worden.

Deutschlands Recht, — Amerikas Pflicht.

W.B. Berlin, 21. Mai. Die Berliner Vertretung der „Associated Press“ gab am gestrigen Dienstag die nachstehende, ihr von beruener Seite erteilte Information nach Amerika:

Deutschland lehnt es ab, die ihm vorgelegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen, weil sie die wirtschaftliche Vernichtung, die politische Entehrung und die moralische Degradierung für die ganze deutsche Nation wie für jeden einzelnen Deutschen bedeuten, und zwar nicht nur für das gegenwärtig lebende Geschlecht, sondern selbst noch für ungeborene Generationen. Daß diese Folgen aus der Annahme der Friedensbedingungen logisch eintreten müssen, hat die amerikanische Presse selber vorbehaltlos anerkannt. Demgegenüber stellt sich Deutschland auf den Standpunkt, daß man von ihm überhaupt nicht die Annahme derartiger Bedingungen fordern darf und daß die Entente nicht berechtigt war, solche Forderungen zu stellen. Deutschland hat vielmehr nicht nur einen moralischen Anspruch aus den ihm gemachten allgemeinen Versprechungen, sondern direkt eine nach den Grundregeln des Völkerechts festbegrenzte, bestimmte und klar umschriebene Forderung an alle Ententemächte und an die Vereinigten Staaten im besonderen. Die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes Deutschlands und des deutschen Volkes auf einen Frieden des Rechts, der Gerechtigkeit und der Veröhnung ersetzt das paragrafisierte Haßgesangs, den man in Versailles geschrieben hat, ist enthalten in der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918. Darin teilt der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen dem schweizerischen Botschafter in Washington vorbehaltlos mit, daß die vom Präsidenten Wilson in seinen 14 Punkten festgestellten Grundzüge für die Gestaltung der Friedensbedingungen maßgebend sein sollen. Staatssekretär Lansing teilt dabei weiter mit, daß die Ententeregierungen nach sorgfältigen Erwägungen ebenfalls bereit sind, die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Bedingungen als Grundlage des Friedensschlusses anzuerkennen.

Die Rechte aus diesen ganz bestimmten Erklärungen sämtlicher Ententemächte und der Vereinigten Staaten bilden das einzige Axiom Deutschlands in dem allgemeinen moralischen Zusammenbruch der ganzen internationalen Politik, der seinen nicht zu überbietenden Ausbruch in den Bedingungen von Versailles gefunden hat. Demgegenüber meldet Deutschland seine klaren juristischen Ansprüche nach dem internationalen Rechte an. Gegenüber der politisch-moralischen Bankrotmasse von Versailles steht die deutsche Nation als Gläubigerin mit unbestreitbaren Rechten, und sie ist nicht in der Lage, in diesem Hauptpunkt nachzugeben. Deutschland hat Frieden geschlossen, auf Grund der 14 Punkte Wilsons, die sich ganz Amerika zu eigen gemacht hatte, und ganz Amerika wie jeder einzelne Amerikaner ist für die Erfüllung dieses Anspruches hafter. Es ist nicht Sache des deutschen Volkes, anzugeben, wie seine Rechte aus den 14 Punkten und besonders aus der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November in die Wirklichkeit umgekehrt werden sollen. Das ist vielmehr Sache derer, die die 14 Punkte aufgestellt und zur Annahme gebracht und daraufhin Deutschland veranlaßt haben, die Waffen niederzuliegen. Wir glauben auch nicht, daß Präsident Wilson, Staatssekretär Lansing und das amerikanische Volk sich auf einen anderen als auf den hier dargelegten Standpunkt stellen können, wenn sie nicht das tun wollen, was Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1917 weit von sich wies, als er sagte: „Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem leidenschaftlichen Verlangen nach Gerechtigkeit gegen alle behandelten, einerlei, wie der Krieg endete.“ Und wir, das deutsche Volk, verlangen auch weiter nichts, als das, was Präsident Wilson in dieser Erklärung verkündet hat. Wir verlangen weiter nichts, als daß die Amerikaner die 14 Punkte und die Friedensbedingungen einander gegenüberstellen. Wir glauben nicht, daß irgend jemand in den Vereinigten Staaten dann den Mut haben wird zu behaupten, in den Friedensbedingungen von Versailles habe man auch nur eine Spur von Wilsons Programm übriggelassen.

Und hier beginnt die bestimmte Verpflichtung Amerikas zum Einschreiten. Amerika muß entweder seine 14 Punkte durchsetzen oder es muß erklären, daß es dazu nicht imstande ist, oder daß es das nicht will. Auf keinen Fall darf es die Welt glauben lassen, daß es die Friedensbedingungen von Versailles als den wahren Ausdruck der 14 Punkte Wilsons gelten lassen will. Das ist unsere Forderung, an der wir festhalten, und wir wüßten nicht, welche Argumente man von amerikanischer Seite dagegen geltend machen könnte.

Die „Verstimmung“ der amerikanischen Delegierten Schwindel?

London, 22. Mai. („Reuter“.) „Daily Mail“ meldet, daß neun Mitglieder der amerikanischen Friedensgesellschaft ihr Rücktrittsgesuch einreichen. Drei Schenkungen wurde entprochen.

W.B. Versailles, 22. Mai. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ widerlegt die Meldung, nach der neun Mitglieder der amerikanischen Ausschüsse infolge Verstimmung über den Friedensvertrag ihr Amt niederlegen hätten. Nur ein Mitglied des Ausschusses für russische Angelegenheiten, Bullitt, sei zurückgetreten, da er die Anerkennung der Sowjetregierung für notwendig halte und die Ententepolitik gegenüber Rußland nicht billige.

Die Neutralen zur Blockade gezwungen.

Berlin, 23. Mai. Eine Ententebotschaft an die Neutralen, den Handelsverkehr mit Deutschland sofort abzubrechen, falls Deutschland den Versailler Vertrag nicht unterschreiben sollte, und zwar unter Androhung der Blockade des etwa widerpenfentigen neutralen Staates ist auch der schwedischen Regierung aus Paris zugegangen. Bis jetzt hat diese zu diesem neuesten Pariser Sklavenebott, wie es in der „W. Z.“ heißt, noch nicht Stellung genommen.

Die Hungerbarre in Deutsch-Oesterreich.

W.B. Wien, 21. Mai. („Korr.-Büro“.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung „ntwarf“ der Staatssekretär für die Volkswirtschaft, Löwenthal-Ruß, ein Bild der traurigen Ernährungslage Deutsch-Oesterreichs, das für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett auf ausländische Zufuhren angewiesen ist. Der Staatssekretär dankte den Vertretern der Entente mission für die ihm Interesse Deutsch-Oesterreichs entfaltete Mühe. Bizekanzler Fink teilte die Absichten der Regierung hinsichtlich der Sozialisierungsaktion mit. Kohlenbergbau, Kohlenhandel, Eisen-